

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 06.07.2023
Beginn: 19.00 Uhr
Ende: 20.25 Uhr
Ort: Sitzungssaal im Rathaus, Löffingen

Anwesend:

Vorsitzender

Tobias Link

Mitglieder

Axel Fehrenbach
Elmar Fehrenbach
Jens Fischer
Manfred Furtwängler
Rudolf Gwinner
Regina Hasenfratz
Anette Heiler
Rudolf Heiler
Andreas Hugel
Dieter Köpfler
Petra Kramer
Martin Lauble
Georg Mayer
Marlene Müller-Hauser
Siegfried Sauer
Joachim Streit
Hugo Wenzinger
Wolfram Wiggert
Paul Wolber

Ortsvorsteher

Ortsvorsteherin Kathrin Kramer

Verwaltung

Stadtbaumeister Udo Brugger
Dilara Altintas, Rechnungsamt zu Top 4

Gäste

Cesar Cavaloti, Leiter Jugendmusikschule zu Top 3
Artur Klausmann, Kassierer Jugendmusikschule zu Top 3

Protokollführung

Eva Teuber

Abwesend:

Mitglieder

Sebastian Butsch
Jürgen Dinger
Annette Hilpert
Dr. Isabel Meßmer
Olga Ritscher

Tagesordnung:

1. Bürgerfragen
2. Bekanntgaben, Anfragen und Verschiedenes
3. Finanzierung der Jugendmusikschule **2023/054**
4. Planungsverband Windenergie Hochschwarzwald - Jahresrechnung 2022 und Wirtschaftsplan 2023 **2023/056**
5. Vergabe des Bauplatzes Flst.Nr. 376/13 der Gemarkung Unadingen (Burgunderweg) **2023/053**
6. Bürgerhalle Unadingen; Vergabe Dachsanierung

TOP 1 Bürgerfragen

Es sind keine Bürger anwesend.

TOP 2 Bekanntgaben, Anfragen und Verschiedenes

Bgm. Link gibt zunächst folgende Neueinstellungen bekannt:

- Frau Berger als Schulsozialarbeiterin mit 50 % an der Grundschule
- Thomas Huppert als neuer Wassermeister ab 01.07; Patrick Schmid wechselt in den den Nahwärmebereich
- Alexander Kahra ab 01.07 als neuer Bauhofmitarbeiter
- Andre Meier aus Hüfingen wird ab 15.07. als neuer Forstwirt im Team der Waldarbeiter seine Tätigkeit aufnehmen
- Kevin Allerborn ist neuer Auszubildender ab 01.09. als Fachinformatiker für Systemintegration
- Frau Carla Fehrenbach beginnt ihre Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten
- Vom 15.7. bis 14.10. wird Anna-Lea Rommel ihr Praxissemester im Hauptamt absolvieren

Anschließend gibt der Vorsitzende Folgendes bekannt:

In der letzten nicht-öffentlichen Sitzung hat der Gemeinderat die Senkung der Strompreise um ca. 8 Cent/kWh beschlossen.

Ebenfalls hat der Gemeinderat die Bezuschussung der neuen Zaunanlage des Tennisclubes Löffingen beschlossen.

Auch wurde beschlossen, dass die Stadt weitere 5 Jahre an einer kommunalen Gesellschaft der ED Netze beteiligt bleibt.

Der Stadtbaumeister gibt Folgendes bekannt:

Das Schild am Friedhof, wie in der letzten Sitzung von StRin Heiler gewünscht, ist in Arbeit.

Die Firma Wolf wird das Blech an der Realschule in den Sommerferien anbringen.

Die Nahwärme werde derzeit umgebaut. Neuer Termin für das Abstellen in der Hackschnitzelanlage sei der 20.07.2023.

Bezüglich der PV-Balkonanlagen hat das Landratsamt in seiner Rückmeldung mitgeteilt, dass es mit der Meinung der Verwaltung mitgehen könne und laut Bebauungsplan die Anlagen nicht aufgehängt werden dürfen. Da es vermehrt neue Gesetze gebe, spricht das Landratsamt allerdings die Empfehlung aus, die Gestaltungssatzung zu ändern, um klarzustellen was die Stadt tatsächlich wolle. Die Gemeinde Vogtsburg habe beispielsweise die Innenstadtsatzung bezüglich der PV-Anlagen geändert. StR Gwinner meint dazu, dass wenn die Rechtsprechung so ist, dann habe man eine Handhabe. Die Eigentümer können daher aufgefordert werden die Anlagen abzubauen. Grundsätzlich könne es nicht sein, dass immer wenn Hauseigentümer etwas hinbauen, die Stadt die Satzung ändern müsse. Bgm. Link erwähnt dazu, dass nach Meinung des Landratsamtes die Satzung der Stadt eventuell ausge-

hebelt werden könne. StR Mayer meint es sei wichtig, sich um die Innenstadtsatzung kümmern und zu entscheiden was man wolle und was nicht.

Auf Nachfrage von StR Wolber teilt der Vorsitzende mit, dass das 30er-Schild in der Bonndorfer Straße wegen erheblicher Straßenschäden seitens des Landratsamtes aufgestellt wurde. Mit dem Landratsamt sei man im Gespräch, er hoffe dass die Bonndorfer Straße zeitnah zum Zuge komme. Die ebenfalls zu sanierende Göschweiler Straße hänge mit der Bonndorfer Straße zusammen. Der Stadtbaumeister ergänzt, dass nicht die Straßensanierung das Problem sei, sondern der Kanal. Die Förderanträge seien gestellt worden, die wasserrechtliche Genehmigung konnte bisher noch nicht erteilt werden. Im September werde erneut wieder ein Förderantrag gestellt. Es bleibt abzuwarten, welche Auflagen gemacht werden betreffend das Oberflächenwasser, eventuell werde dies die Stadt noch richtig Geld kosten.

StR Gwinner fügt hinzu, dass der Ausschuss des Kreistages nächste Woche eine Begehung der Straßen im Hochschwarzwald vornehme. Dabei werde auch die Kreisstraße Löffingen - Rötenbach in Augenschein genommen.

Ferner erwähnt StR Gwinner, dass Gemeinden am Kaiserstuhl einen Gemeindeverwaltungsverband gegründet haben, welcher die Funktion der unteren Baurechtshörde erfüllt und damit unter anderem für Baugenehmigungen zuständig ist. Dazu möchte StR Gwinner wissen, ob dieses Modell übertragbar sein könnte für die Gemeinden des Hochschwarzwaldes. Rein rechtlich wäre dies wahrscheinlich kein Problem, da es einen solchen Verband nun schon gibt. Mit dem Verband könnte mehr Bürgernähe entstehen, Bauanträge könnten schneller bearbeitet werden. Bgm. Link antwortet, dass er dies als Thema mit in die nächste Sprengel-sitzung nehmen werde.

Weiter moniert StR Gwinner, dass die Veranstaltungen auf den neuen Begrüßungstafeln zu klein und somit schwer lesbar sind. Es sollte daher darauf geachtet werden, dass die Veranstaltungen größer dargestellt werden. StR Fischer erklärt, dass die Tafeln in den Ortschaftsratgremien besprochen und für gut befunden wurden. Er persönlich finde es nicht gut, dass trotzdem auch weiter Holzschilder aufgestellt werden. Man hatte sich ja bewusst für einheitliche Schilder entschieden. StR Lauble meint, dass es grundsätzlich richtig sei, dass besprochen wurde, dass wiederkehrende Veranstaltungen auf den neuen Schilder bekanntgegeben werden. Es wurde aber auch vereinbart, dass Jubiläen oder ähnliche Veranstaltungen weiter auch separat präsentiert werden können. Bgm. Link wendet noch ein, dass auch der Ausschuss für Tourismus des Gemeinderats die Schilder für gut befunden habe.

TOP 3 Finanzierung der Jugendmusikschule Vorlage: 2023/054

Sachverhalt:

Am 27.6.2023 hatte die Jugendmusikschule ihre Mitgliederversammlung im Saal der Tourist-Info in Löffingen. Dabei hat die Jugendmusikschule Hochschwarzwald ihren Haushaltsplan für das Jahr 2023 beschlossen. Dieser Haushaltsplan ist in Anlage beigefügt. Daraus ist zu entnehmen, dass die Jugendmusikschule mit einem Haushaltsdefizit von 100.000 € in diesem Jahr rechnet. Damit gerät die Jugendmusikschule in Engpässe hinsichtlich ihrer Liquidität. Auf die Information in der nichtöffentlichen Gemeinderatsitzung vom 22.6.2023 wird verwiesen. Laut Satzung der Jugendmusikschule sind Defizite der Jugendmusikschule von den Mitgliedsgemeinden abzufangen.

Der Vorstand der Jugendmusikschule hat verschiedene Möglichkeiten diskutiert, um die finanzielle Situation zu verbessern.

Die finanzielle Situation der Jugendmusikschule hängt stark von der Entwicklung der Schülerzahlen ab. Jede Kommune bezahlt 160 € pro Schüler und Jahr. Ebenfalls fallen Gebühren je Unterrichtseinheit an. Wie der Anlage 2 zu entnehmen ist, sind in den letzten Jahren die Schülerzahlen an der Jugendmusikschule stark rückläufig. Der neue Leiter sowie der Vorstand der Jugendmusikschule sind in intensiven Überlegungen, wie die rückläufigen Schülerzahlen, die zu einem Großteil auf Corona zurückzuführen sind, stabilisiert und zukünftig wieder in frühere Regionen gebracht werden können.

Bereits in der letzten Sprenghausitzung hat man diskutiert, wie diese finanzielle Situation der Jugendmusikschule aufgefangen werden kann. Übereinstimmend festgestellt wurde, dass die Jugendmusikschule eine unverzichtbare Bildungseinrichtung im Hochschwarzwald ist. Sie einen wesentlichen Beitrag leistet zur musikalischen Ausbildung von vorwiegend jungen Menschen, die wiederum eine wesentliche Stütze unserer Musikvereine sind. Die Arbeit der Jugendmusikschule muss unbedingt fortgeführt werden. D.h., dass die Einnahmesituation der Jugendmusikschule verbessert werden muss.

Im Vorstand wurde diskutiert, ob eine entsprechende Erhöhung der Elternbeiträge in Betracht kommt. Nach einer kontroversen Diskussion hat sich der Vorstand zu einer mäßigen Beitragserhöhung durchgerungen. Dabei wurde die starke finanzielle Belastung von jungen Familien durch die Inflation ebenso berücksichtigt, wie auch die stark steigenden Kosten der Jugendmusikschule. Die Tarifabschlüsse sind dem Gemeinderat durch die ebenfalls steigenden Personalkosten bei der Stadt Löffingen bekannt.

Diskutiert wurde auch eine Veränderung des Schlüssels zur Kostenaufteilung zwischen den Kommunen. Es wurde die Frage gestellt, ob nicht die fixen Kosten der Jugendmusikschule über einen einwohnerbezogenen Verteilschlüssel von den Kommunen getragen werden könnten. Da die Jugendmusikschule Hochschwarzwald schnelle Hilfe braucht, hat man von einer erneuten Diskussion der Verteilungsschlüssel Abstand genommen und vielmehr vorgeschlagen, dass jede Kommune ihren bisherigen Beitrag einmalig verdoppelt. So kann ausführlicher diskutiert werden, wie zukünftig die Lasten zwischen den Kommunen verteilt werden.

Wie aus der Anlage 2 zu entnehmen ist, hat die Jugendmusikschule im Februar 2023 103 Schülerinnen und Schüler aus Löffingen. Das macht einen regulären Beitrag von 16.480 € für die Stadt Löffingen im Jahr 2023 aus. Der Antrag ist daher, dass die Stadt Löffingen einen weiteren Betrag von 16.480 € an die Jugendmusikschule bezahlt. Voraussetzung ist allerdings, dass alle anderen Mitgliedsgemeinden genauso einen einmaligen Zuschuss an die Jugendmusikschule bezahlen.

Aussprache:

Bgm. Link führt in das Thema ein, erläutert die Beratungsunterlage und erwähnt, dass die Jugendmusikschule eine wichtige Bildungseinrichtung im Hochschwarzwald sei. Ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen habe dazu geführt, dass ein Defizit in 2023 von 100.000,00 € entstanden ist. Daher hat der Vorstand eine leichte Gebührenerhöhung beschlossen und bittet die Gemeinden, um die Liquidität herzustellen, einen weiteren Zuschuss zu gewähren. Nach Meinung von Bgm. Link sollte es der Stadt wert sein, hier schnell Abhilfe zu schaffen um seitens der Jugendmusikschule keine Liquiditätsprobleme zu bekommen. Wie die Finanzierung langfristig aussehe, müsse man dann schauen. Der Landkreis hat die Fördersumme nicht erhöht. Derzeit sei schnelles und entschlossenes Handeln notwendig.

Anschließend stellt sich der neue Leiter der Jugendmusikschule Hochschwarzwald, Herr Cavaloti, vor, erläutert die derzeitige Situation und die zu tätigen Investitionen sowie die geplanten Projekte. Es sei geplant einen neuen Namen für die Musikschule zu finden, da nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch viele Erwachsene an der Musikschule sind. Hierzu müsse dann auch ein neues Logo designed und die Werbung und Briefbögen ange-

passt werden. Hierzu werde die Musikschule versuchen, eine Förderung zu bekommen. Die Musikschule werde im Herbst einen Masterplan für deren zukünftige Finanzierung präsentieren.

StR Gwinner merkt an, dass viele Dinge zusammen kamen und auch Verschiedenes nicht vorauszusehen war. Dem Beschlussvorschlag werde er zustimmen, wobei er den Vorbehalt der Zustimmung der anderen Mitgliedsgemeinden gut finde. Es könne nur funktionieren, wenn alle Kommunen mitziehen. Man sei sich einig, dass die musische Ausbildung sehr wichtig ist. Die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen sei nicht die erste Wahl, da Kindern aus sozial schlechter gestellten Familien so der Zugang verwehrt werde. Die Musikschule sei ebenfalls wichtig für die hiesigen Musikvereine. Er vertraue auf den Masterplan im Herbst, der die Musikschule hoffentlich weiterbringt.

StR Lauble erkundigt sich, wie lange die Gebühr, die jede Kommune pro Schüler/Jahr bezahlt, nicht mehr angeglichen wurde. Arthur Klausmann antwortet, dass die Gebühren für Schüler 2017 und die Gebühr der Gemeinden 2018 angeglichen wurden. Die Jugendmusikschule habe im Landesvergleich den niedrigsten kommunalen Finanzierungsanteil, im Gegensatz dazu sei der Anteil der Elternbeiträge mit 60 % sehr hoch. StR Lauble teilt mit, dass er den Beschlussvorschlag mittragen könne, damit ein Übergangspuffer geschaffen werde.

StR Wolber sagt, dass die Stadtmusik von Anfang an dabei war und froh sei, dass es die Einrichtung zur Ausbildung der Jungmusiker gebe. Er appelliert an die Musikvereine aus dem Ösch, ihre Schüler dort ausbilden zu lassen, da sie so eine qualitativ sehr gute Ausbildung erhalten. Er könne daher dem Beschlussvorschlag nur zustimmen.

StRin Kramer meint, dass die Musikvereine oft eigene Ausbilder hätten und gar nicht erst den Weg über die Musikschule gehen. Über die Ausbildung bei der Jugendmusikschule müssten die Musikvereine intensiver informiert werden. Hierzu müsste eventuell ein Gespräch mit allen Beteiligten stattfinden.

StR Mayer führt aus, dass Löffingen laut Schülerzahlenstatistik nicht schlecht aufgestellt sei. Die Dinge haben sich bereits länger abgezeichnet, die langfristige Planung habe gefehlt. Nun komme die Stadt wie auch die anderen Kommunen an einem einmaligen Zuschuss nicht vorbei. Die Jugendmusikschule müsse ein Konzept vorlegen, welches schlüssig sei, hierüber müssen die Kommunen dann entscheiden.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Löffingen bezahlt weitere 16.480 € an die Jugendmusikschule als einmaliger Zuschuss, sofern alle anderen Mitgliedsgemeinden ebenfalls ihren Beitrag verdoppeln.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zu gestimmt.

TOP 4 Planungsverband Windenergie Hochschwarzwald - Jahresrechnung 2022 und Wirtschaftsplan 2023 Vorlage: 2023/056

Sachverhalt:

Die Jahre 2021 und 2022 sind für den Planungsverband Windenergie keine einfachen Jahre gewesen. Insbesondere die Veränderungen auf rechtlicher Seite waren gravierend. Zunächst hat die Verbandsversammlung beschlossen, dass erneut in die Planung eingestiegen werden soll, unter den Vorgaben des aktualisierten Windatlas des Landes Baden-Württemberg

und unter der Vorgabe der Bundesregierung, dass 1,8 % der Gemarkungsfläche der Windenergie zur Verfügung gestellt werden sollen. Es wurden Aufträge an Planungsbüros vergeben.

In der ersten Hälfte des Jahres 2022 sickerte durch, dass die Landesregierung die Planungskompetenz von den Kommunen auf die Regionalverbände übertragen will, so dass unverzüglich alle Planungsaufträge gestoppt wurden. Die bis dahin erbrachten Leistungen wurden im Jahr 2022 abgerechnet und bezahlt.

Der Planungsverband hat dann seine bisherigen Planungen dem Regionalverband übergeben und in einem ersten Gespräch die Planungskriterien des Regionalverbandes dargelegt. In diesem Gespräch wurde deutlich, dass die bisherigen Planungen des Planungsverbandes nur bedingt bei den Überlegungen des Regionalverbandes eine Rolle spielen werden.

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 ist noch ein kleiner Betrag enthalten. Die Zukunft des Planungsverbandes sollte geklärt werden. Gegebenenfalls sind dazu Beratungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Aus Sicht des Verbandsvorsitzenden sollte die Auflösung des Planungsverbandes angegangen werden. Es gibt aber auch Meinungen, die ein Ruhen des Verbandes anregen um vorbereitet zu sein, falls in Zukunft wieder Funktionen auf den Planungsverband zukommen könnten. Zum Schluss müssen die Gremien diese Frage entscheiden.

Aussprache:

Bgm. führt in das Thema ein. Der Planungsverband übernehme derzeit keine planerischen Aufgaben, da dies nun der Regionalverband übernommen habe. Es sei die Frage, was mit dem Planungsverband nun passiere. Er könnte als Sprachrohr gegenüber dem Regionalverband genutzt werden.

Dilara Altintas, stellvertretende Rechnungsamtsleitung, erläutert anschließend die Jahresrechnung 2022. Die ordentlichen Aufwendungen in 2022 haben 20.247,19 € betragen, die ordentlichen Erträge beliefen sich auf 50.008,52 €, so dass das Gesamtergebnis 29.761,33 € betragen hat. Der Saldo der Finanzierungsrechnung war bei 36.826,96 €.

StR Gwinner erklärt, dass er sich bereits zum Planungsverband geäußert habe, er wird dem Beschlussvorschlag zustimmen, wenn in 2024 der Wirtschaftsplan wieder vorgelegt werde, wird seine Fraktion allerdings nicht mehr zustimmen. Die Gründung damals war richtig und dieser wurde einstimmig zugestimmt. Der Regionalverband, der bereits schon einmal zuständige war, entscheide nun wieder, daher habe der Planungsverband nun keine Existenzberechtigung mehr. Nach seiner Meinung sei der Planungsverband zum „Politeunuch“ mutiert. Es sei ärgerlich für das ausgegebene Geld. Daher bittet StR Gwinner den Vorsitzenden darauf zu drängen, dass der Planungsverband aufgelöst wird. Die Fraktion behält sich ansonsten vor, den Antrag zu stellen, wenn keine Mehrheit im Sprengel zustandekomme. StR Mayer meint, dass man sich über den Fortbestand des Planungsverbandes unterhalten müsse. Von den einzelnen Kommunen müsse Stellung bezogen werden. Dies müsse in 2023 stattfinden, dazu bittet er Bgm. Link alles in die Wege zu leiten und die Möglichkeiten zu schaffen, damit die Kommunen darüber beraten können, ob der Verband noch gebraucht werde oder nicht. Dem Beschlussvorschlag stimme er in jedem Fall zu.

StR Lauble schließt sich den Äußerungen von StR Mayer an. Er sei nicht dafür jetzt schon zu beschließen, den Planungsverband aufzulösen. Zunächst müssen die anderen Gemeinden gehört und darüber beraten werden.

Abschließend äußert Bgm. Link, dass je nach dem wie sich die Gesetzeslage in Zukunft noch verändern werde, der Planungsverband eventuell doch noch eine Aufgabe bekomme. Dies könne derzeit allerdings niemand voraussehen. Allerdings ist zu befürchten, dass eventuell

Planungen des Regionalverband zur Windenergie bei einzelnen Kommunen auf Unverständnis treffen und die Kommunen dann den Planungsverband als einzelnes Sprachrohr nutzen wollen. Diskussionen darüber werden auch im Sprengel nochmals geführt. Er hoffe, dass er mit den Kollegen dann eine Marschrichtung vorbereiten und vorgeben könne.

Auf Nachfrage von StRin Heiler erklärt Bgm. Link, dass sich einzelne Kommunen bereits intern positioniert haben. Man werde in der nächsten Sprengelsitzung nächste Woche dieses Thema angehen.

Der Vorsitzende fragt anschließend das Gremium, ob Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages gemeinsam abgestimmt werden können. Dies wird vom Gremium bejaht.

Beschlussvorschlag:

- 1. der Gemeinderat stimmt der Jahresrechnung 2022 des Planungsverbandes Windenergie Hochschwarzwald zu. Die Vertreter der Gemeinde werden zu der entsprechenden Stimmabgabe im gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Löffingen/Friedenweiler ermächtigt.**
- 2. Die Vertreter der Stadt Löffingen im gemeinsamen Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft Löffingen/Friedenweiler werden angewiesen, dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 zuzustimmen.**

Beschluss:

Den Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages wird einstimmig zugestimmt.

**TOP 5 Vergabe des Bauplatzes Flst.Nr. 376/13 der Gemarkung Unadingen (Burgunderweg)
Vorlage: 2023/053**

Sachverhalt:

Die Stadt Löffingen hat die Bauplätze Flst.Nr. 376/13, 376/14, 376/15 und 376/16 zum Kauf angeboten und im Mitteilungsblatt und auf der Homepage der Stadt Löffingen ausgeschrieben. Die Bewerbungsfrist endete am 09. Mai 2023. Es sind drei Bewerbungen für das Grundstück Flst.Nr. 376/13 eingegangen. Der Bewerber Nr. 1 (Familie aus Löffingen) hat 95 Punkte erreicht, der Bewerber Nr. 2 (Familie aus Freiburg) hat 74 Punkte erreicht, der Bewerber Nr. 3 (aus Unadingen) hat 43 Punkte erreicht. Die Bewerber Nr. 1 und 2 haben ihre Bewerbung nicht bestätigt, sondern haben ihre Bewerbung zurückgezogen, so dass der Bauplatz an den Bewerber Nr. 3 zugeteilt und verkauft werden kann.

Aussprache:

Bgm. Link führt in das Thema ein und erläutert nochmals kurz das Vergabeverfahren.

Hugo Wenzinger rückt befangen vom Sitzungstisch ab.

StR Mayer erkundigt sich, ob es eine Begründung für die zurückgezogene Bewerbung gebe. Hierzu gibt der Vorsitzende an, dass für die Familie die notwendige Finanzierung wohl nicht machbar war.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe des Grundstücks Flst.Nr. 376/13 an den Bewerber Nr. 3 zu.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

TOP 6 Bürgerhalle Unadingen; Vergabe Dachsanierung

Der Stadtbaumeister stellt anhand einer Präsentation die Vergabe vor und ergänzt, dass die Kosten für die Dachsanierung dieses Jahr in den Haushalt aufgenommen wurden. Eine öffentliche Ausschreibung wurde gemacht, bei welcher alle Arbeiten als eine Vergabe zusammengefasst wurden. 3 Firmen haben ein Angebot abgegeben, wobei Bieter 1, die Firma T+ S Wolf, das günstigste Angebot abgegeben hat. Auch nach Prüfung und Wertung war das Ergebnis die Firma T+S Wolf mit 339.570,07 € brutto. Die Kostenberechnung im April 2023 lag bei 364.370,86 €. Der Zuwendungsbescheid sieht eine Fördersumme von 110.000 € vor, welche im Haushalt noch nicht berücksichtigt ist.

StR Wiggert erwähnt, dass hier eine PV Anlage angedacht war und fragt nach, wie es mit den Planungen diesbezüglich aussieht. Der Stadtbaumeister erklärt, dass man hier in die Planungen einsteige. StR Wiggert meint, es sei wichtig, das Dach optimal zu nutzen. Daher werde hier eine Fachfirma mit den Planungen beauftragt, um hier auch im Sinne des Eigenbedarfs für Schule und Halle das Optimale zu erreichen, sagt Stadtbaumeister Udo Brugger abschließend.

Auf Nachfrage von StR Lauble erklärt Stadtbaumeister Brugger zum Ausführungszeitpunkt, dass ab 1. Oktober die Dachsanierung beginne und dann nächstes Jahr die Fassade gemacht werde.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung schlägt vor, T & S Wolf aus 79843 Unadingen, für die Dachsanierung der Bürgerhalle Unadingen, mit der Summe von 339.570,07 € (brutto) zu beauftragen.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Tobias Link
Vorsitzender

Eva Teuber
Protokollführerin

Die Gemeinderäte: